

ASTA INFO

Nr ¹²
26.5.71

**Informationen des Allgemeinen Studenten
ausschusses der Universität Hamburg**

2000 Studenten beim INFO-TAG

Beschlüsse zum Pl.-Streik u. zur AStA-Politik

Vor rund 2.000 Teilnehmern fand am Dienstag, den 18. Mai im Audimax der Info-Tag von AStA, Fachschaften und Streikrat statt. Diese Aktion war der Auftakt zu einer Informationskampagne, deren Ziel die Aufklärung einer breiten studentischen Öffentlichkeit über die Ausbildungsmisere im Hochschulbereich und ihre ökonomischen und politischen Ursachen ist.

- Kampfmaßnahmen von Studenten und Hochschullehrern gegen die katastrophale Ausbildungssituation in der Hamburger Lehrerbildung (bis zu 300% überlastete Seminare, akuter Mangel von 35 Hochschullehrerstellen);
- völlig unzulängliche Ausbildungsbedingungen auch in anderen Fachbereichen wie Soz.Pol. (hier wird in diesem Semester ein 'Notprogramm'durchgezogen), Sprachwissenschaften, Sozialpädagogik: diese und weitere Fachbereiche haben sich dem Streik der Erziehungswissenschaftler zum Zeichen der Solidarität und aus Protest gegen die Arbeitsbedingungen im eigenen Bereich angeschlossen;
- drohende Ausweitung des schon in Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Psychologie bestehenden Numerus Clausus auf die Naturwissenschaften: die Biologie ist bereits der Zentralen Registrierstelle, Vorstufe des Numerus Clausus, unterstellt worden;
- zum 'Juristischen Numerus Clausus' kommt der 'Soziale Numerus Clausus':
 - * ständige Verknappung u. Verteuerung studentischen Wohnraums; 3.000 fehlende Wohnheimplätze im WS 70/71 - 10.000 bis 1975
 - * Unzureichende stud. Krankenversorgung bei gleichzeitig ständig steigenden Beiträgen (nächste Beitragserhöhung im WS 71/72)
 - * Verschlechterung der Ausbildungsförderung durch das neue Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG): Verstärkte Familienabhängigkeit, staatliche Reglementierung, Herabsetzung der Freibeträge, bis zu 30% geringere Förderungsbeträge für fast 80% aller Honnef-Studenten. (AStA-Info 9,10,11) :



erfahrbaren Merkmale der Krise im westdeutschen Bildungs- und Hochschulwesen, über deren Bedingungen in den Veranstaltungen des Info-Tages zur 'Situation in den Fachbereichen' und zur 'sozialen Lage der Studentenschaft' informiert und diskutiert wurde.

Teach-In zur Ausbildungssituation

Mit einem Bericht des Fachschaftsrates Erziehungswissenschaften zur Streiksituation am P.I. begann vor vollem Auditorium um 10 Uhr das teach-in zur Lage in den Fachbereichen. Im Verlauf der anschließenden Diskussion wurde das Vorgehen des Uni-Präsidenten, auf dem Wege der Rechtsaufsicht den Fachbereichsbeschuß auf Fortführung des Streiks außer Kraft zu setzen, scharf kritisiert. Fast einstimmig nahmen die Versammelten einen Resolutionsentwurf von AStA und Fachschaft an, in dem es heißt:

"Die Aufhebung des Beschlusses des FBE zur Fortführung des Streiks ist die bisher schärfste Maßnahme des Uni-Präsidenten zur Aufbrechung der einheitlichen Streikfront am P.I. Die hier versammelten Studenten verurteilen diese Rechtsaufsichtsmaßnahme, die einem Eingriff der Staatsbürokratie gleichkommt, auf das Schärfste. Sie fordern das Präsidium zur unverzüglichen Rücknahme dieser Maßnahme auf. Gleichzeitig werden AStA und Studentenvertreter beauftragt, sich im Akademischen Senat in gleicher Richtung einzusetzen."

Bildungsplanung - für wen?

Nach einer Reihe von Kurzberichten, die auch auf die "ausbildungsmisere an der Hamburger Fachhochschule eingingen, wurde in einem Grundsatzreferat der Zusammenhang zwischen der staatlichen Bildungspolitik in Hamburg und den Formierungsplänen auf Bundesebene, insbesondere dem Hochschulrahmengesetz und den Planungen der Bund-Länder-Kommission aufgezeigt:

In wessen Interesse geplant wird, läßt sich besonders deutlich an den neuesten - unter Ausschluß der Öffentlichkeit entwickelten - Planungsabsichten ablesen: Den 'Bedenken' der Wirtschaftsvertreter folgend, daß dem 'Erwerbsleben' durch längere Ausbildungszeiten und höhere Studentenzahlen rund 1,2 Mio Arbeitskräfte entzogen würden, hat die Bund-Länder Kommission inzwischen ihre quantitativen Annahmen zur Entwicklung der Studentenzahlen 'korrigiert'.

- Statt - wie ursprünglich projektiert - 1.046.000 Studenten bis 1985 nur noch 800.000;
- Numerus Clausus bis 1985 eingeplant
- Heraufsetzung der Klassenfrequenzen zur Einsparung von rund 100.000 Lehrern (dpa-Kulturpolitischer Dienst Nr. 15/16)

Daß in einem Gesellschaftssystem, das auf dem Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Gewinnaneignung, zwischen der Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlusten beruht, eine an den Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Bildungspolitik den Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung widerspricht, wurde in einer mit großer Mehrheit angenommenen Schlußresolution formuliert.



RESOLUTION:

Die Reaktion der staatlichen Instanzen und der Vertreter der 'staatstragenden' Parteien auf den Streik von Studenten und Hochschullehrern des Fachbereichs Erziehungswissenschaften zeigen auf, daß eine an den ökonomischen Zwängen des kapitalistischen Systems orientierte Bildungspolitik den Interessen der Auszubildenden wie denen der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung widerspricht.

Wenn sich der Hamburger Senat weigert, die berechtigten Forderungen der Streikenden anzuerkennen und zu erfüllen und sich damit nahtlos in die Planungen der Bund-Länder-Kommission und des Hochschulrahmengesetzes einfügt, die auf die Unterordnung der Bildungspolitik unter die Erfordernisse der kurzfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Interesse der Großindustrie abzielen, so bedeutet das konkret:

- die Verfestigung der unzulänglichen Ausbildungsbedingungen für die Studierenden, die eine nur unzureichende Qualifizierung für den späteren Beruf und damit erhöhte soziale Unsicherheit zur Folge haben;
- die weitere Erschwerung inhaltlicher Neubestimmungen der Studiengänge, die auf wissenschaftlich fundiertes Methodenstudium in interdisziplinären Projekteinheiten und auf die Einbeziehung des wissenschaftlichen Sozialismus abzielen;
- die Heraufsetzung der Klassenfrequenzen in den Schulen und damit eine Verschärfung des 'Sozialen Numerus Clausus' für Kinder aus Arbeiterfamilien;

Die Studenten im teach-in des AStA-Info-Tages fordern in dieser Situation daher:

- Offenlegung und breite Diskussion der gesellschaftspolitischen Auswirkungen von Kapazitätsverordnungen und -planungen im Bereich von Ausbildung und Forschung
- eine demokratische Neubestimmung der Ziele und Inhalte wissenschaftlicher Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der großen Mehrheit der Studierenden;
- Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften über Ausbildungs- und Forschungsentscheidungen;
- demokratische Lehrkörperstrukturen, die die vorhandenen Abhängigkeitsverhältnisse abbauen und gleichberechtigte Teilnahme an Forschung und Lehre gewährleisten.

Da diese Forderungen nicht ohne die aktive Teilnahme breiter studentischer Massen und nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen durchzusetzen sein werden, fordern die hier versammelten Studenten darüberhinaus AStA und Fachschaften auf:

- Die Informationsarbeit über die staatsmonopolistische Bildungspolitik (Hochschulrahmengesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Planungen der Bund-Länder Kommission etc) zu intensivieren;
- sich an der Arbeitskonferenz des vds zum Bildungsgesamtplan zu beteiligen;
- und die Zusammenarbeit und Diskussion mit den Gewerkschaften (GEW, DGB-Hochschularbeitskreis etc) über Fragen der Bildungspolitik und der Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verstärken.

Nur auf diese Weise kann der Kampf der Studenten um bessere Studienbedingungen u. demokratische Neubestimmung der Ausbildungsinhalte erfolgreich weitergeführt werden.

Votum für ASTA-Politik

Mit dieser Resolution haben die am Info-Tag versammelten Studenten zugleich ein deutliches Votum für die politische Orientierung, die der ASTA seiner Arbeit gegeben hat, gefaßt:

Die in den Diskussionen des Info-Tages und in der Schlußresolution formulierten Grundsätze und Forderungen leiten sich aus dem Aktionsprogramm des seit Februar amtierenden ASTA ab.

Am Donnerstag, den 27. Mai, wird das Studentenparlament darüber diskutieren.

Zur Teilnahme an dieser Sitzung sind alle Kommilitonen aufgerufen!

Eine größere Auflage des Aktionsprogramms zur Information der studentischen Öffentlichkeit erscheint in Kürze.

Sozial-Teach-In

Zentraler Punkt des um 14 Uhr wiederum vor vollem Auditorium stattfindenden Sozial-teach-in's war der Mietstreik in den Studentenwohnheimen.

In den Referaten wurde noch einmal deutlich gemacht, daß dieser Mietstreik die erste - vom ASTA-Sozial-teach-in am 9.12.70 beschlossene - Maßnahme im Rahmen der Kampagne gegen den 'Sozialen Numerus Claus' (vergl. S. 1) ist.

2000 Studenten stehen im Mietstreik, die Mieten werden auf ein Sperrkonto gezahlt. Bis zur Erfüllung der Minimalforderungen zum Ausbau des Wohnheimsektors wird der Streik fortgesetzt.

In weiteren Beiträgen wurde die Funktion studentischer Sozialpolitik definiert: Nicht die Erhebung ständischer Forderungen und die Erringung studentischer Privilegien können Ziel der Sozialpolitik im Hochschulbereich sein.

Vielmehr geht es um die Einheit des Kampfes um diejenigen materiellen Interessen, die die Hochschüler mit allen anderen in der Ausbildung stehenden, insbesondere der Arbeiterjugend gemeinsam haben.

Mit einer Resolution, die die große Mehrheit der Anwesenden fand, wurden folgende konkrete Aktionen eingeleitet: Arbeitsgruppen zu

- Hochschulrahmengesetz und BAFÖG, mit der perspektive Konkreter Aktionen
- Fahrpreiserhöhungen und Nulltarif im öffentlichen Verkehr
- Analyse des Miet- und Wohnraumproblems mit der Perspektive konkreter Aktionen wie Stadtteilarbeit usw.

Die vom Sozial-Teach-In am 9.12.70 aufgestellten sozialpolitischen Forderungen wurden erneut bestätigt.

!Wichtige Termine!

Donnerstag, 27. Mai, 15⁰⁰ Uni-Hauptgebäude: Akad. Senat
(Zur Situation im Fachbereich Erz.wiss./Rechtsaufsicht d. Präsidenten)

Donnerstag, 27. Mai, 18⁰⁰ Studentenparlament - Mensa B

Hrsg.: ASTA der Universität Hamburg

Verantw.: W. Homfeld (Vorstand)

9134